

# Erzgeheimnis der Volksfreunde

Am Sonntag:

## Straßenfestsammlung

Der „Erzgeheimnis“  
außer dem u.  
Bezugspreis  
belange  
Witze ger. Schwarz  
angegeben: von 500  
kosten monatlich 1,50  
durch die Post ein  
2,10 RM auschl. „ulle  
Für Rückgabe unvollst.  
übernimmt die Schriftstell.  
eine Verantwortung.

enthalten die amtlichen Bekanntmachungen des Landrats zu Schwarzenberg  
und des Landkreises Schwarzenberg, der Bürgermeister zu Grünhain, Böhmig,  
Reußhübel und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Amtsgerichte in Aue, Schneeberg, Schwarzenberg,  
des Oberbürgermeisters zu Aue und der Bürgermeister zahlreicher anderer Gemeinden.

Verlag: E. M. Götner, Aue, Sachsen.

Hauptgeschäftsstelle: Aue, Fernruf Sammel-Nr. 2541. Drahtanschrift: Volksfreund Aue/Sachsen.  
Geschäftsstellen: Böhmig (Amt Aue) 2940, Schneeberg 310 und Schwarzenberg 3124.

Anzeigen - Annahme für die am Nachmittage erscheinende  
Nummer bis vormittags 9 Uhr in den Geschäftsstellen.

Der Preis für die 22 mm breite Zeilenbreite  
ist 4 Pfg. für den 20 mm breiten Text-Rahmen 30 Pfg.,  
amtlich 12 Pfg. Allgemeine Bedingungen laut Preisliste 5  
Nachschlage B.

Bei Verlegung von oder Hand keine Haftung aus  
laufenden Verträgen, bei Unterbrechungen des Geschäfts-  
betriebes keine Ansprüche.  
Vertrieb - Aue: Leipzig Nr. 122 26.  
Stadtbank - Aue: Aue 1. G.

Nr. 16.

Freitag, den 19. Januar 1940.

Jahrg. 93.

## Neue Beweise für Frankreichs Kriegsschuld.

### Paris schlug alle deutschen Warnungen in den Wind.

#### Ein Brief Ribbentrops.

Amtlich wird in Berlin verlautbart (2. amtliche  
deutsche Veröffentlichung zum französischen Gelbbuch):

Wie vor kurzem durch die Veröffentlichung von Urkunden-  
material über den Besuch des Reichsaußenministers in Paris  
im Dezember 1938 nachgewiesen worden ist, schien im Winter  
1938/39 seit langen Jahren zum ersten Mal die Voraussetzung  
für eine wirkliche und dauernde deutsch-französische Entspan-  
nung gegeben zu sein. Deutschland hatte durch den  
schriftlich bekräftigten endgültigen Verzicht  
auf eine Revision seiner Westgrenze jedes  
Ubergreifen seiner Politik auf das Gebiet  
französischer Lebensinteressen ausgeschlossen;  
Frankreich hatte durch seinen Außenminister erklärt,  
daß sich in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen  
Fragen seit München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen  
habe, und Bonnet hatte zu verstehen gegeben, daß die  
französische Regierung in Zukunft den Le-  
bensinteressen Deutschlands in Mittel- und  
Osteuropa nicht mehr störend in den Weg  
treten werde.

Trotz innerpolitischer Widerstände mannigfacher Art ist  
die französische Regierung bis in den März 1939 von dieser  
neuen realistischen Politik nicht offen abgewichen. Erst die  
seit dem 17. März 1939 zum politischen Pro-  
gramm erhobene englische Einkreisungs-  
politik hat die hoffnungsvollen Ansätze zu  
einer deutsch-französischen Verständigung  
mit einem Schläge zerstört. Es zeigte sich sofort,  
daß die französische Außenpolitik jede Selbständigkeit verloren  
hatte. Bedingungslos folgte Frankreich der britischen Politik.  
Der englische Blankoscheck für Warschau erhielt auch die  
französische Unterzeichnung, die einseitigen englischen Bürgschaften  
für Rumänien und Griechenland wurden von Frankreich gegen-  
gezeichnet, der Türkei wurde im Interesse Englands das Gebiet  
von Alexandrette überantwortet und bei den Bemühungen,  
Sowjetrußland für das Einkreisungsnetz zu gewinnen, spielte  
Frankreich eine besonders tätige Rolle.

Somit hatte Frankreich bereits im Frühjahr 1939 durch  
seine Teilnahme an der antideutschen Einkreisungspolitik der  
deutsch-französischen Erklärung die Grundlage entzogen.  
Trotzdem ist der französische Außenminister Mitte Juli 1939  
nochmals von maßgebender deutscher Seite auf seinen poli-  
tischen Kurswechsel festgenagelt und auf die verhäng-  
nisvollen Folgen der Polen gegebenen Blankovollmacht hin-  
gewiesen worden. Am 1. Juli war dem deutschen Botschafter  
vom französischen Außenminister eine schriftliche Notiz zur  
Weiterleitung an den Reichsaußenminister übergeben worden.  
Hierin hatte Bonnet behauptet, daß im deutsch-französischen  
Abkommen ein Vorbehalt hinsichtlich der fortbauenden Gel-  
tung des deutsch-polnischen Bündnisses enthalten sei, und  
erklärt, daß Frankreich fest entschlossen wäre, die Polen  
gegebenen Versprechungen unter allen Umständen einzulösen.

#### Der Reichsaußenminister

beantwortete diese französische Drohung mit dem  
folgenden

Schreiben an Bonnet:

Persönlich! Fuschl, 13. Juli 1939.

Sehr geehrter Herr Bonnet!

Sie haben Graf Welzsch am 1. Juli eine für mich  
bestimmte persönliche Notiz übergeben, deren Inhalt es  
nunmehr auch mir zur Pflicht macht, Ew. Excellenz klar  
und unmissverständlich die Einstellung der deut-  
schen Regierung zu den deutsch-französi-  
schen Beziehungen im allgemeinen und zu der  
Danziger Frage im Besonderen bekanntzugeben.

Die deutsche und französische Regierung haben am  
6. Dezember 1938 eine Erklärung unterzeichnet, wonach sie  
feierlich die zwischen Deutschland und Frankreich bestehenden  
Grenzen als endgültig anerkennen und wonach sie alle ihre  
Kräfte einsetzen wollen, um friedliche und gutnachbarliche  
Beziehungen zwischen den beiden Ländern sicherzustellen.  
Diese Erklärung war auf Seiten der Reichsregierung die  
notwendige Folge der von ihr seit der Machtübernahme folge-  
richtig betriebenen Politik der Verständigung mit  
Frankreich, einer Politik, an der sie grundsätzlich auch  
heute noch festhalten möchte.

Was Ihre Bemerkung über den in den Artikel 3 der  
deutsch-französischen Erklärung aufgenommenen Vorbe-  
halt bezüglich der besonderen Beziehungen Deutschlands  
und Frankreichs zu dritten Mächten anlangt, so trifft es  
keineswegs zu, daß dieser Vorbehalt eine Anerkennung  
besonderer Beziehungen Frankreichs zu Polen  
in sich schließt. In den Besprechungen, die in Berlin und  
Paris bei den Vorverhandlungen über die Erklärung und  
bei Gelegenheit ihrer Unterzeichnung stattgefunden haben,

bestand vielmehr volle Klarheit darüber, daß sich der Vor-  
behalt auf das besondere Freundschaftsverhältnis Frank-  
reichs zu England und Deutschlands zu Italien beziehe.  
Insbesondere haben wir bei unseren Besprechungen am  
6. Dezember 1938 in Paris übereinstimmend die Respek-  
tierung der beiderseitigen vitalen Inter-  
essen als Voraussetzung und als Grund-  
satz der künftigen Entwicklung guter deutsch-  
französischer Beziehungen festgesetzt. Dabei  
habe ich ausdrücklich auf Osteuropa als deutsche Interessen-  
sphäre hingewiesen und Sie haben — ganz im Gegensatz zu  
der Behauptung in Ihrer Notiz — damals betont, daß sich  
in der Einstellung Frankreichs zu den osteuropäischen Fragen  
seit München ein grundsätzlicher Wandel vollzogen habe.

Mit diesem von uns Anfang Dezember festgestellten  
Standpunkt steht es in direktem Gegensatz, daß Frankreich  
nun den großzügigen Vorschlag des Führers an Polen zur  
Regelung der Danziger Frage und die etwas  
eigenartige polnische Reaktion zum Anlaß genommen hat,  
mit Polen neue, verstärkte Bindungen gegen Deutschland  
einzugehen. Am Schluß Ihrer Notiz werden diese Bindun-  
gen dahin charakterisiert, daß jedes militärische Eingreifen  
Polens bei einer Veränderung des Status quo in Danzig  
Frankreich veranlassen würde, Polen sofort militärisch bei-  
zustehen. Zu dieser Politik der französischen Regierung  
habe ich folgendes zu bemerken:

1. Deutschland muß, ebenso wie es sich niemals  
in vitale französische Interessensphären eingemischt hat,  
eine Einmischung Frankreichs in seine  
vitalen Interessensphären mit aller Ent-  
schiedenheit ein für allemal ablehnen. Die  
Gestaltung des Verhältnisses Deutschlands zu seinen östlichen  
Nachbarn berührt keinerlei französische Interessen, sondern  
ist ureigenste Angelegenheit der deutschen Politik. Die  
Reichsregierung sieht sich daher nicht in der Lage, Fragen  
der deutsch-polnischen Beziehungen mit der französischen  
Regierung zu erörtern oder dieser gar das Recht zu einer  
Einkreisung auf Fragen zuzugestehen, die mit der zu-  
künftigen Gestaltung des Schicksals der deutschen Stadt  
Danzig zusammenhängen.

2. Zu Ihrer persönlichen Orientierung über den  
deutschen Standpunkt in der polnischen  
Frage will ich aber folgendes sagen: Die polnische Re-  
gierung hat das historische einmalige Angebot des Führers  
zur Regelung der Danziger Frage und zur endgültigen  
Konfliktlösung der deutsch-polnischen Beziehungen mit  
Kriegsdrohung beantwortet, die man nur als selbstam-  
bezeichnen kann. Es ist im Augenblick nicht zu erkennen, ob  
die polnische Regierung diese eigenartige Einstellung re-  
vidieren und zur Vernunft zurückkehren wird. Solange sie  
aber bei dieser unvernünftigen Haltung bleibt, kann dazu  
nur gesagt werden, daß jede Verletzung Danziger  
Bodens durch Polen oder eine mit dem  
Ansehen des Deutschen Reiches nicht zu  
vereinbarende Provokation seitens Po-  
lens mit dem sofortigen deutschen Vor-  
marsch und der Vernichtung der polnischen  
Armee beantwortet werden würde.

3. Die bereits erwähnte, im Schlußsatz Ihrer Notiz  
enthaltene Feststellung würde nach ihrem Wortlaut bedeuten,  
daß Frankreich Polen das Recht zugestehen, sich jeder be-  
liebigen Aenderung des Status quo in Danzig militärisch  
zu widersetzen und daß, wenn Deutschland eine solche Ver-  
gewaltigung deutscher Interessen nicht duldet, Frankreich  
Deutschland angreifen will. Sollte dies tatsächlich der Sinn  
der französischen Politik sein, so müßte ich Sie bitten, zur  
Kenntnis zu nehmen, daß solche Drohungen den  
Führer in seinem Entschluß, die deutschen  
Interessen mit allen ihm zur Verfügung  
stehenden Mitteln wahrzunehmen, nur noch  
bestärken würden. Der Führer hat immer die deutsch-  
französische Verständigung gewünscht, und einen nochmaligen  
Krieg zwischen den beiden Ländern, die durch keinerlei vitale  
Interessengegenstände mehr getrennt werden, als Wahnsinn  
bezeichnet. Liegen die Dinge aber so, daß die  
französische Regierung den Krieg will, so  
wird sie Deutschland jederzeit bereit-  
finden. Die Verantwortung für einen solchen Krieg  
würde dann ausschließlich die französische Regierung vor  
ihrem Volk und vor der Welt zu tragen haben.

Angesichts der angenehmen persönlichen Beziehungen,  
die ich mit Ew. Excellenz gelegentlich der Unterzeichnung der  
Erklärung vom 6. Dezember 1938 aufnehmen konnte, be-  
dauere ich, daß Ihre Notiz mich zu dieser Erwiderung  
gezwungen hat. Ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß  
letzten Endes doch noch die Vernunft obliegen und das  
französische Volk erkennen wird, wo seine wahren Interessen  
liegen. Nachdem ich mich seit über 20 Jahren für die deutsch-  
französische Verständigung eingesetzt habe, würde das auch

## Feindliche Flugzeuge über holländischem Hoheitsgebiet.

Berlin, 19. Jan. Das Oberkommando der Wehr-  
macht gibt bekannt:

Am Abend des 18. 1. fanden Einflüge einzelner feind-  
licher Flugzeuge nach Nordwestdeutschland statt. Hier-  
bei wurde beim Ein- und Ausflug mehrfach holländisches  
Hoheitsgebiet überflogen.

#### Verloren gingen . . .

##### Drei englische und sieben neutrale Schiffe.

Der britische Dampfer „Cairnroß“ (5500 BRT.) ist  
nachts an der Westküste Englands auf eine Mine gelaufen und  
gesunken. Die 48 Mann starke Besatzung ging in die Rettungs-  
boote. Nach dreistündigem Treiben im Ozean wurde sie von  
einem englischen Kriegsschiff aufgenommen. — Der britische  
Dampfer „Oracia“ (5426 BRT.) ist infolge einer Explosion  
unmittelbar nach der Ausfahrt aus einem Hafen an der Nord-  
westküste Englands gesunken. Die Besatzung ist gerettet wor-  
den. — Die „Duchess of York“, ein englisches Frachtschiff  
von 20 021 BRT., lief beschädigt in einen englischen Hafen ein.  
Das Schiff war angeblich auf eine Sandbank geraten. Es  
mußte in ein Dock gebracht werden.

Der norwegische Dampfer „Fagerheim“ (1590 BRT.)  
ist in der Bucht von Vistula gesunken. Er soll durch eine  
Explosion in zwei Stücke zerfallen worden sein. Der griechische  
Dampfer „Iris“ hat einen Teil der Besatzung gerettet und in  
Bigo an Land gesetzt. Der Norweger befand sich auf der Fahrt  
von Afrika nach England. — Das Schicksal einer holländi-  
schen Tjalk, die seit Oktober vermisst wird, scheint jetzt auf-  
geklärt zu sein. Das Schiff, das in Malmö Sprengstoff ge-  
laden hatte, wurde zuletzt im Stagerat gesehen. Später wurde  
am Strand der dänischen Insel Fanø eine Kiste mit Spreng-  
stoff angeschwemmt. Man nimmt an, daß die Tjalk mit ihrer  
Besatzung von 12 Mann in der Nordsee untergegangen ist. —  
Der holländische Dampfer „Birgo“ (100 BRT.) ist in der  
Nähe der Westküste Japans auf Grund gelaufen. — Der  
italienische Dampfer „Premuda“ (4427 BRT.) ist an der  
englischen Küste aufgelaufen. Von Remsate aus ist ein Ret-  
tungsboot unterwegs, um der Mannschaft zu helfen. — Der  
italienische Dampfer „Fidelitas“ hat unweit von Kap  
Hatteras Notsignale gegeben. Das Schiff hat Steuerhavarie  
erlitten. — Der dänische Dampfer „Diga“ (798 BRT.), der  
mit einer Zellulosefabrik nach Spanien unterwegs war, ist bei  
Hälsarholmen auf Felsgrund gelaufen und gesunken. Die  
17 Mann der Besatzung konnten sich an Land retten. — Von  
Gumminge an der Südküste von Laaland wurde ein Schiff  
unglücklich beobachtet. Ein Dreimastkajoner, der zwischen La-  
land und Fehmarn fuhr, soll in den Eisstauungen zerbrückt  
worden sein. Der Schoner sei in wenigen Sekunden unter der  
Meeresoberfläche verschwunden.

Der Kapitän des von einem deutschen U-Boot torpedierten  
holländischen Dampfers „Arendskerf“ erklärte dem Ver-  
treter einer portugiesischen Zeitung, daß die Besatzung von dem  
U-Bootkommandanten korrekt behandelt worden sei. Das  
Schiff sei nicht, wie englische und französische Nachrichten be-  
haupten, nach Südafrika unterwegs gewesen, sondern habe eine  
Ladung für englische Häfen an Bord gehabt.

für mich persönlich die Erfüllung eines aufrichtig empfun-  
denen Wunsches sein.

Mit den besten Empfehlungen Ihr sehr ergebener

Joachim v. Ribbentrop.

Frankreich ist also im Juli, noch ehe die polnischen Her-  
ausforderungen ihren Höhepunkt erreicht hatten, eindringlichst  
vor den Folgen der von England gewollten Angriffshaltung  
Polens gewarnt worden. Es wurde nicht der geringste Zweifel  
darüber gelassen, daß der dringende Wunsch Deutschlands nach  
Verständigung mit dem westlichen Nachbarn seine natürliche  
Grenze in der Notwendigkeit der Wahrung der deutschen  
Lebensinteressen und des Schutzes des deutschen Volkstums  
finden mußte. Sollte Frankreich die Einmischung in ureigenste  
Angelegenheiten der deutschen Politik bis zum Angriffskrieg  
treiben, so würde es Deutschland bereittreffen, diesen ihm  
aufgezwungenen Krieg aufzunehmen. Alle diese War-  
nungen sind in den Wind geschlagen worden. Die französische  
Regierung ist England bis  
zuletzt gefolgt. Somit wird sie vor ihrem  
Volk und vor der Geschichte die Verantwor-  
tung dafür zu tragen haben, daß am Ende  
aller deutschen Bemühungen um den Frieden  
am Rhein wieder der Krieg steht.

Rom, 18. Jan. Zur deutschen Verlautbarung über das  
französische Gelbbuch stellt „Tribuna“ fest, die deutsche Bewei-  
sührung verschiebe von Grund auf die moralische Grundlage  
des französischen Kriegseintritts. Frankreich habe trotz der von  
ihm eingegangenen Verpflichtungen sich dem englischen Willen  
unterworfen, und der Krieg sei ausschließlich von England  
zur Verteidigung seiner Vormachtstellung gewollt worden.